

Bundeshaushalt Schäuble profitiert von Verspätung

Finanzminister Wolfgang Schäuble kann in diesem Jahr rund eine Milliarde Euro einsparen, weil der Bundeshaushalt für 2014 im Juni erst mit Verspätung vom Parlament verabschiedet wurde. Zu diesem Ergebnis kommen interne Berechnungen des Bundesfinanzministeriums (BMF). In der Zeit ohne gültigen Etat, also im ersten Halbjahr 2014, durfte der Bund im Rahmen der sogenannten vorläufigen Haushaltsführung nur in beschränktem Umfang Ausgaben tätigen oder Kredite aufnehmen. Davon profitiert er nun. Einige Etatposten, die im kürzlich genehmigten Budget vorgesehen sind, könnten bis Jahresende gar nicht ausgeschöpft werden, heißt es im BMF. Dadurch bleibe ein Bodensatz als Ersparnis übrig. Der Betrag könnte in den kommenden Monaten sogar noch steigen. Der Haushalt 2014 wurde wegen der Bundestagswahl erst im Frühjahr vom Kabinett beschlossen. rei

Gesundheit Ferndiagnose leicht gemacht



Kranken-Intensivstation

Die Große Koalition will noch in diesem Jahr ein sogenanntes E-Health-Gesetz auf den Weg bringen. Das Regelwerk soll es einfacher machen, Patienten mithilfe moderner Kommunikationstechnik zu betreuen. Auf erste Vorgaben haben sich Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) und die zuständigen Experten von Union und SPD, Jens Spahn und

Karl Lauterbach, bei einem Treffen am vergangenen Dienstag geeinigt. So sollen Software-Standards und Schnittstellen vereinheitlicht werden, damit Krankenhäuser und Ärzte leichter Untersuchungsunterlagen austauschen können. Entlassungsdokumente sollen häufiger digital übermittelt werden, um die anschließende Versorgung der Kranken zu verbessern. Außerdem soll es für Patienten künftig einen elektronischen Medikationsplan geben. Zusätzlich wird geprüft, wie Fernkonsultationen künftig einfacher als ärztliche Leistung über die gesetzlichen Kassen abzurechnen sind. Patienten auf dem Land könnten ihre Röntgenbilder dann auch von Spezialisten in weiter entfernten Städten untersuchen lassen. cos

Immobilienkredite Banken kassieren ab

Banken nehmen Immobilienkäufern, die Kredite vorzeitig kündigen müssen, zu viel Geld ab. Das geht aus einer Untersuchung hervor, die der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) an diesem Montag vorstellt. Über 3000 Fälle wurden analysiert, in denen Haus- oder Wohnungsbesitzer ihr Objekt abstoßen mussten, während der Kredit noch lief. In solchen Situationen erhebt die Bank eine „Vorfalligkeitsentschädigung“, weil ihr spätere Zinszahlungen entgehen. Die sei in fast zwei Dritteln der Fälle „signifikant überhöht“. So seien etwa Sondertilgungsmöglichkeiten „in rechtswidriger Weise“ von der Kalkulation ausgenommen worden. In etlichen Fällen geht es um Zehntausende oder sogar Hunderttausende Euro. „Wir fordern eine standardisierte Berechnungsmethode und eine Deckelung der Vorfalligkeitsentschädigung auf fünf Prozent der noch ausstehenden Kreditsumme“, sagt vzbv-Expertin Dorothea Mohn. Derzeit liegt der Schnitt bei rund elf Prozent. ase



Waffenverkäufe

Unter Spionageverdacht

In der Affäre um den Verkauf von 15 „Eurofightern“ nach Österreich vor gut zehn Jahren sind Hinweise aufgetaucht, wonach bei dem umstrittenen 1,7 Milliarden-Euro-Geschäft womöglich auch Wirtschaftsspionage im Spiel war. Laut einem streng vertraulichen Bericht der Anwaltskanzlei Clifford Chance war ein inzwischen pensionierter Mitarbeiter der Innenrevision bereits im Jahr 2007 bei EADS in Ottobrunn auf „10 bis 15 Leitz-Ordner“ gestoßen, die offenbar Angebotsunterlagen des schwedischen Militärjet-Herstellers Saab enthielten. Die Schweden waren seinerzeit die härtesten Konkurrenten bei dem Österreich-Geschäft. Der Revisor will damals einen leitenden EADS-Manager über seinen Fund informiert haben. Übers Wochenende seien die Akten jedoch nicht mehr an ihrem Platz gewesen, erzählte der frühere EADS-Revisor den Clifford-Anwälten. Der EADS-Manager erinnert sich an den Vorgang anders. Demnach habe es sich nur um „einige Papiere“ gehandelt, die ein dritter, bei dem Gespräch anwesender Kollege „mit nach Hause“ genommen habe. In einer späteren Unterredung mit den Clifford-Chance-Ermittlern korrigierte der Manager seine Aussage. Es habe sich bei den Saab-Unterlagen lediglich um Angebote für Gegengeschäfte mit Österreich gehandelt, behauptete er nun. Die Papiere sind seither verschollen. Auch alle anderen mit dem Fall Saab befassten Mitarbeiter machten gegenüber den Clifford-Chance-Experten widersprüchliche Angaben. EADS wollte den Vorgang mit Blick auf laufende Ermittlungen in dem Fall nicht kommentieren. js